

Frauen in politischen Positionen – ein Beitrag zur Ermutigung

Dr.ⁱⁿ Eva Häfele

Dr.in Eva Häfele ist freischaffende Sozialwissenschaftlerin in Vorarlberg. Nach dem Studium der Ostasienwissenschaften in Wien und Beijing war sie langjährig beruflich in China, in den USA und im europäischen Ausland tätig. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Frauen- und Jugendforschung sowie die Forschung zu Fragen der Zuwanderung sowie der Ausbildung und des Arbeitsmarktes. Tel: +43-676-4756580 E-mail: eva.haefele@worknet.at, www.worknet.at

Frauen für eine politische Funktion – sei es auf Gemeinde-, Landes- oder Bundesebene –, zu gewinnen, ist für Parteien und Listen oft kein leichtes Unterfangen. Dafür gibt es vielfältige und komplexe Gründe, die unter anderem mit dem Kommunikationsstil, der Arbeitsweise oder der politischen Kultur von Institutionen zu tun haben. Im nachfolgenden Input wird eine Annäherung an die Ursachen vorgenommen, und es wird vorgeschlagen, wie mit diesen konstruktiv und lösungsorientiert umgegangen werden kann.

Eine viel zu kurze Geschichte von Frauen in politischen Positionen

Politische Partizipation bedeutet Einflussnahme auf politische und gesellschaftliche Entscheidungen auf allen Ebenen des politischen Systems.

Laut dem österreichischen Vereinsgesetz von 1867 durften sich "Ausländer, Frauenpersonen und Minderjährige" bis zum Ende des Ersten Weltkrieges (nämlich 1918) nicht in politischen Vereinen organisieren. Erst 1918 erhielten die Frauen in Österreich das Wahlrecht, das ist jetzt gut 100 Jahre her.

Mit etwa 6 % Frauenanteil im Nationalrat in den 1970er Jahren hatte sich die Repräsentanz von Frauen auf Bundesebene seit der Ersten Republik kaum verändert. Eine neue Frauenbewegung forderte dann vor rund 50 Jahren mit lauter Stimme "Mehr Frauen in die Politik!".

1979 reagierte Bundeskanzler Kreisky auf diese Forderungen nach Sicherstellung einer Vertretung der Frauen mit der Ernennung von vier Staatssekretärinnen. 1985 gab Johanna Dohnal in ihrer Funktion als "Staatssekretär für allgemeine Frauenfragen" den ersten Frauenbericht in Auftrag. Dort wurde ganz deutlich festgehalten, dass die Ursache des geringen Anteils an Politikerinnen nicht mangelndes politisches Interesse der Frauen – so die gängige und offizielle Meinung –, sondern die Struktur des politischen Systems war, das die Teilnahme von Frauen erschwert. Ein Jahr darauf, 1986, fand dann erstmals eine Regierungsklausur über Frauenpolitik statt. Das war vor 33 Jahren. (Siehe: online Archiv Frauenpolitik OFRA www.ofra.at/partizipation).

„Männer und Frauen wurden politisch fast ausschließlich von Männern vertreten – vielen Menschen schien das auch durchaus in Ordnung zu sein“

so Johanna Dohnal in einem Referat im Jahr 1987 (Dohnal, Johanna (1987): Referat zum Thema „Die politisch aktive Frau“ im Rahmen der Vortragsreihe „Vom Wahlrecht zur Quotenregelung“. VHS Favoriten am 3.12.1987, Download: http://www.ofra.at/images/ht1_partizipation/ht1_14.pdf .

Frauen haben schon lange erkannt, dass das aktive Mitwirken an der Politik das wichtigste Mittel ist, um ihre Interessen zu vertreten und diese in sozial verträgliche und nachhaltige Politik umzusetzen. Politische Organisationen und Karrieren bleiben bis heute jedoch vorrangig männlich dominiert.

Außerdem wissen wir aus der Diversitätsforschung, dass homogene Gruppen nicht die besten Entscheidungen treffen, da bestimmte Lebensrealitäten – zum Beispiel die von Frauen – ausgeblendet werden oder zu schnell eine Einigung in Fragen erreicht wird.

Frauenquoten in der Politik

Im Jahr 1985 setzte die Frauenorganisation der SPÖ gegen heftigen parteiinternen – meist männlichen – Widerstand in der ersten österreichischen Partei eine Quotenregelung von 25 Prozent für alle gewählten Funktionen durch. Acht Jahre später (1993) wurde diese Frauenquote auf 40 % erhöht. Die Grünen haben seit 1989 eine Quote von "zumindest 50 % Frauen" verankert. Die ÖVP bekennt sich auf dem Papier seit 1995 zu einer Frauenquote von 33 % bei öffentlichen Mandaten. Die FPÖ hat bis heute keine Quotenregelung eingeführt.

Die Politologin Kathrin Stainer-Hämmerle hat in einem Vortrag „Warum ist es wichtig, dass Frauen in der Politik sind?“ am 15. Mai 2019 in Bregenz (Download: <https://vorarlberg.at/documents/21336/29303/Vortrag/4c987714-5a68-4501-bf21-6851847348d6>) festgestellt, dass die gläserne Decke für Frauen in der Politik bei ungefähr einem Drittelanteil liegt. Überraschend für sie ist, dass sich Frauen in kleinen Gemeinden wesentlich schwerer tun, in die Gemeindevertretung zu kommen, als in das Europäische Parlament. Dazu mehr in einem der nächsten Abschnitte.

Frauen auf politischen Listen

Im genannten Beitrag liefert die Politologin Kathrin Stainer-Hämmerle auch einen aktuellen Befund zur Vertretung von Frauen auf politischen Listen: Bei der EU-Wahl im Mai 2019 standen mit Ausnahme der NEOS (Claudia Gamon) und der KPÖ bei allen Listen Frauen erst an zweiter Stelle. Bei der Nationalratswahl 2019 gab es vier Spitzenkandidaten und zwei Spitzenkandidatinnen (Pamela Rendi-Wagner - SPÖ, Beate Meinl-Reisinger - NEOS); bei den Landtagswahlen in Vorarlberg im Oktober 2019 standen vier Männer und eine Frau (NEOS) an der Spitze der Parteien, die in den Landtag gewählt wurden.

Werfen wir einen Blick auf die Ebene der Gemeinde und Städte, so zeigt sich, dass von den 2.096 Bürgermeister/innen in Österreich nur 176 Frauen sind, das entspricht 8,4 %. Die meisten weiblichen Bürgermeister gibt es in NÖ (69), gefolgt von Oberösterreich (33), der Steiermark (22) und Tirol (16). Im Burgenland gibt es aktuell 12 und in Kärnten, Vorarlberg sowie Salzburg 8 Bürgermeisterinnen. (Stand: Okt 2019) (Quelle: Gemeindebund <https://gemeindebund.at/unsere-buergermeister-innen/>).

Die Struktur des politischen Systems als Erschwerungsgrund

Lassen wir die Frauen zu den strukturellen Schwierigkeiten selber sprechen. 2013 wurde im Auftrag des Referates für Frauen und Gleichstellung und in Zusammenarbeit mit dem Frauennetzwerk Vorarlberg (www.frauennetzwerk-vorarlberg.at) gemeinsam mit 42 Frauen in sechs Regionen Vorarlbergs einer Reihe von Fragen nachgegangen:

- Wie wird Politik auf Gemeindeebene von den Teilnehmerinnen wahrgenommen?
- Ist die Gemeindevertretung wirklich eine Vertretung aller Personen und Gruppen in der Gemeinde? Gibt es Personengruppen, die überhaupt nicht vertreten sind?
- Was sind Stolpersteine und Hindernisse für Frauen, sich in die Politik zu wagen?
- Was müsste sich ändern, damit Frauen die Gemeindepolitik mitgestalten?
- Was wären Anreize für eine politische Tätigkeit in der Gemeindevertretung?

Wie wird Gemeindepolitik von Frauen wahrgenommen?

Auf diese Frage gab es ganz unterschiedliche Antworten, die nachfolgend zusammengefasst sind:

- (In-)Transparenz der Gemeindepolitik – Nicht-Politiker*innen sind von den internen Diskussions- und Entscheidungsprozessen ausgeschlossen.
- Kommunikation gemeindepolitischer Inhalte mittels Gemeindeblättern, Websites von Gemeinden oder Kommunikation mittels sozialer Medien wird als zentraler Aspekt transparenter Gemeindepolitik bezeichnet.
- Bürgernahe Gemeindepolitik bedeutet, vielfältige und niederschwellige Kommunikationsmöglichkeiten mit Gemeindepolitiker*innen und Bürgermeister*innen herzustellen.
- Kritische Wahrnehmung der Zusammensetzung der Gemeindevertretungen (exklusive und männlich dominierte Gruppen).
- Vor allem im ländlichen Gebieten wurde der Wunsch nach Abschaffung der „Sippendominanz“ in der Gemeindepolitik geäußert, um damit demokratische Entscheidungsprozesse zu stärken.
- Erfahrungen des Ausgebremst- und Verhindert-Werdens von politisch ambitionierten und interessierten Frauen.
- Der Arbeitsmodus innerhalb der Gemeindepolitik: Diskussionskultur, keine nachhaltigen und langfristig wirksamen Konzepte; Arbeit in den Ausschüssen bleibt unsichtbar und fließt zu wenig in politische Entscheidungen ein.
- Weitere Ursachen von Unterrepräsentanz und damit fehlender Gestaltungsmöglichkeiten von Frauen in der Gemeindepolitik: Frauen sollen sich nicht an öffentlichen politischen Diskussionen beteiligen; Unterstützung durch Familie und Verwandte wird in Frage gestellt.

- Die Wahrnehmung und der Bezug zur Gemeindepolitik stehen oft in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der persönlichen Bedürfnislage abhängig vom jeweiligen Lebensabschnitt.

Wer wird durch die Gemeindevertretung repräsentiert?

Wenn die Politik oder Politiker*innen auf die individuellen Bedürfnisse oder die Bedürfnisse sozialer Gruppen nicht reagieren, dann entsteht ein Gefühl des Ausgegrenztseins, und ein mögliches Ergebnis kann eine Politik(er*innen)-Verdrossenheit sein.

- Das Gefühl, persönlich vertreten zu werden, hängt davon ab, ob ein direkter Kontakt zu Gemeindevertreter*innen oder zur Bürgermeister*in besteht bzw. möglich ist.
- Der Wunsch nach Vertretung steht häufig in einem unmittelbaren Zusammenhang mit den eigenen Lebensumständen: Kinderbetreuung, Ausbau von Infrastruktur, Begegnungsräume.
- Die Berücksichtigung der jeweiligen Bedürfnisse einzelner Bevölkerungsgruppen ist von ihrer Präsenz in der Gemeindevertretung abhängig. Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte, Senior*innen und Jugendliche sind häufig nicht entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung repräsentiert.

Informationsstand der Frauen zu gemeindepolitischen Tätigkeiten

Handeln und gestalten setzt Information und Wissen voraus. Hier stellen die Frauen unterschiedliche Defizite und Möglichkeiten, diese zu beseitigen, fest:

- Das Wissen über gemeindepolitische Entscheidungsprozesse, konkret: Ergebnisse von Ausschüssen und Gemeindevertretungssitzungen, ist in jenen Gemeinden groß, in welchen die Bevölkerung Aufklärung beispielsweise durch das Gemeindeblatt, die Website der Gemeinde und soziale Medien erhält.
- Es besteht der konkrete Wunsch nach einer Bedarfserhebung und vor allem einer stärkeren Einbindung der gesamten Bevölkerung bei der Themenfindung von gemeindepolitischen Entwicklungsprozessen.
- Die Installierung einer Plattform für Frauen, auf der sie sich zur politischen Meinungsbildung austauschen können.

Hindernisse für das politische Engagement von Frauen in den Gemeinden

Die nachfolgenden Hindernisse und Stolpersteine für ein politisches Engagement auf Gemeindeebene wurden von den Frauen selbst ins Spiel gebracht:

- Fehlende Akzeptanz politisch aktiver Frauen: Gemeindepolitik wird als Männerdomäne wahrgenommen, und die Frauen fühlen sich in der Gemeindepolitik nicht erwünscht.
- Politisch aktive Frauen stehen unter sozialem Druck: Die Akzeptanz von selbstbewussten Frauen, welche für ihre Meinung öffentlich eintreten, scheint

nicht allerorts gegeben zu sein: Frauen möchten sich selbst und ihre Familie nicht zum „Gespött“ des Dorfes machen.

- Eine Parteilinie vertreten: Die Übernahme einer gemeindepolitischen Funktion ist häufig mit einem Parteibeitritt verbunden. Diesen Schritt wollen jedoch viele Frauen nicht gehen. Das Interesse an klassischer Parteipolitik ist gering, die Frauen möchten ihre eigene Meinung äußern und sich nicht einer „Parteilinie“ anschließen.
- Handeln statt lange diskutieren: Gemeindepolitik baut auf langwierigen Entscheidungsprozessen auf. „Ich möchte handeln, anstatt nur zu diskutieren.“ Die Übernahme einer gemeindepolitischen Funktion ist für viele Frauen aufgrund ihres Verständnis der Spielregeln in der Politik unattraktiv. Sie verbinden mit Politik den Einsatz von Ellenbogen zur Durchsetzung der eigenen Interessen.
- Unvereinbarkeit von Familienarbeit und Politik: Ein Eintritt in die Gemeindepolitik aufgrund der Unvereinbarkeit von Familie und Politik wird von fast allen Frauen mit Kindern oder Pflegeverpflichtungen als schwer realisierbar bezeichnet. „Der Mann schaut in seinen Kalender, ob er Zeit hat, und dann geht er. Die Frau muss zuerst die Kinderbetreuung und einiges mehr organisieren, bevor sie sich Zeit nehmen kann.“
- Mangelndes Selbstvertrauen: Frauen, die nicht politisch aktiv sind, trauen sich oft nicht zu, in politischen und fachlichen Diskussionen zu bestehen. Die Einschätzung der eigenen Kompetenzen auf der Basis der erworbenen Berufsqualifikation bildet eine weitere Quelle des Selbstzweifels. Sie fühlen sich schlichtweg nicht für die aktive Mitgestaltung von Gemeindepolitik qualifiziert, weil sie über kein dementsprechendes Fachwissen zu bestimmten Themenfeldern (Straßenbau, Finanzen etc.) verfügen.
- Zivilgesellschaftliches Engagement statt politischer Arbeit: Frauen sind vielfach bereits freiwillig in unterschiedlichen Vereinen und Gruppen engagiert.

Ein Thema, das wir noch gar nicht angeschnitten haben, ist die Solidarität unter den Frauen oder Solidarität mit politisch aktiven Frauen – diese wurde von vielen Frauen als nicht vorhanden beschrieben.

Was wären Voraussetzungen und Anreize für ein politisches Engagement?

Die folgenden Ideen und Vorschläge wurden von den Frauen im Rahmen der sechs Gruppengespräche genannt:

- Selbstermächtigung (Empowerment): Frauen müssen stärker dazu ermutigt werden, an ihre persönlichen Kompetenzen zu glauben und darauf zu vertrauen, dass sie fähig sind, Gemeindepolitik mitzugestalten (Role-Models, Mentorinnenprogramme). Notwendig wären beispielsweise eine Rhetorikschulung und eine gründliche Aufklärung über den Arbeitsmodus und die vielfältigen Mitgestaltungsmöglichkeiten in der Gemeindepolitik.
- Mobilisierung von Frauen: in persönlichen Gesprächen, durch die Erstellung einer Frauenliste, die den Austausch und die Diskussion der Frauen untereinander befeuern.

- Frauen auf wählbare Listenplätze setzen, damit ihr Einzug in die Gemeindevertretung auch gesichert ist.
- Transparente Kommunikation und aktive Kontaktaufnahme mit Frauen: aktive Eigenbewerbung für eine politische Funktion, persönliche Ansprache durch Bürgermeister*in oder Vertreter*innen der Listen und Parteien. Aktive und sichtbare Frauenförderung durch den Bürgermeister oder die Bürgermeisterin, damit kann eine „Vorbildwirkung“ erzielt werden.
- Verstärkte Kommunikation mit Politiker*innen: Persönliche Anliegen sollten den jeweiligen politischen Verantwortlichen kommuniziert werden, damit Gemeindepolitiker*innen und Gemeindevertreter*innen besser auf die jeweiligen Bedürfnislagen eingehen können.
- Kinderbetreuungsmöglichkeit während der Sitzungszeiten, damit Frauen ohne großen organisatorischen Aufwand an Zusammenkünften der Gemeindevertretung oder Ausschüssen teilnehmen können.
- Die Mitarbeit von Frauen in „prestigeträchtigen“ Ausschüssen, wie etwa dem Finanz- oder Bauausschuss, fördern; Frauen sollten gezielt angesprochen und eingeladen werden (Frauenquote in den Ausschüssen).
- Kommunale Zukunftsthemen sind mehrheitlich „weibliche“ Themen: Kinderbetreuung, Pflege, gesunde Ernährung, Umwelt- und Klimaschutz.
- Ermutigung zu politischer Arbeit durch die Familie beziehungsweise das private Umfeld; Erfahren von Unterstützung. Die fehlende Unterstützung liegt auch in den unterschiedlichen Rollenerwartungen von Frauen und Männern.

Was sagt die politikwissenschaftliche Genderforschung zu Frauen in der Politik?

Aktuelle Ergebnisse der politikwissenschaftlichen Gender-Forschung zeigen, dass in vielen Fällen nicht der *Einstieg* in die Politik, sondern der *Aufstieg* im politischen System der kritische Punkt für Frauen ist. Die Politkarriere von Frauen scheitert hauptsächlich an den Strukturen und Kulturen von Parteien oder Wählergruppen.

„Es ist die hier übliche politische Kultur, die maßgeblich steuert, ob Frauen es überhaupt schaffen, für Wahllisten bzw. für Direktmandate nominiert zu werden, also die innerparteiliche Personalauswahl erfolgreich zu durchlaufen“, so die renommierte Forscherin Dr. Uta Kletzing, die in Deutschland Projekte mit Kommunalpolitikerinnen umsetzt, in einem Interview. Sie hält fest: „Innerparteiliche Führungszirkel gelten als die *Gatekeeper*, in deren Händen es liegt, Frauen Aufstiegschancen zu eröffnen oder vorzuenthalten. Aber auch die gängigen Spielregeln von Politik dafür, wem Durchsetzung gelingt und wem nicht – im Kern Überzeugungskraft, Mehrheitsbeschaffung und Omnipräsenz – unterliegen einem *gender bias*, der Männer beziehungsweise ‚Männlichkeit‘, privilegiert und Frauen bzw. ‚Weiblichkeit‘, benachteiligt.“ (Uta Kletzing (2017): Mehr Frauen für die Politik gewinnen. In: Management und Politik. Oktober 2017, Download:

https://www.fes-mup.de/files/mup/pdf/interviews/Interview_Kletzing.pdf

Was können wir als Gesellschaft und als Einzelpersonen unternehmen?

Auf gesellschaftspolitischer Ebene gibt es unterschiedliche Ansätze: Ein Gute-Praxis-Beispiel aus Deutschland ist das Helene Weber Kolleg (HWK) mit seinem Ziel „Mehr Frauen in die Parlamente!“, Unterstützung und Vernetzung von Frauen in der Politik (Website: www.frauen-macht-politik). Auf der Website finden sich zahlreiche inspirierende Ideen für Frauen selber und Gruppierungen, die den Frauenanteil erhöhen wollen.

Die Ursachen für die Beteiligung von Frauen in allen politischen Gremien und auf allen Ebenen in den Strukturen und in den gesellschaftlichen Rollenerwartungen an Frauen und Männer offen legen und offen ansprechen, dazu sind wir alle aufgefordert und können einen Beitrag leisten.